Nummer 54 — Halle, Freitag, den 5. März 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in den „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonderen Genehmigung. Verlagshaus Unter Promenade 1a u. Gr. Brunnenstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stadtler, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Reichskanzler Dr. Luther hatte am Mittwoch mit den Führern der Regierungsparteien eine Besprechung über innenpolitische Angelegenheiten. Es wurde beschlossen, einen interfraktionellen Ausschuß einzusetzen, der ein engeres Zusammenarbeiten zwischen den Regierungsparteien gewährleistet und eine Verständigung bei Behandlung von Regierungsvorlagen herbeiführen soll.

*

Im Reichstag ist eine Interpellation des Zentrums eingegangen, die sehr nachdrücklich darauf hinweist, daß die Erregung über das rücksichtslose Vorgehen der Finanzämter durch Pfändungen und Zwangsversteigerungen geradezu zu einer staatspolitischen Gefahr zu werden drohe.

*

Der Vorstand der Bayrischen Volkspartei fordert in einem längeren Aufruf die Parteiangehörigen auf, sich in die Liste für das Volksbegehren der Sozialdemokraten und Kommunisten auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten nicht einzutragen.

Die Vorstandschaft des Bayrischen Bauern- und Mittelstandsbundes hat in ihrer letzten Sitzung übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß das geforderte Volksbegehren durch die Verträge Bayerns mit dem Hause Wittelsbach überholt sei.

*

Der Preußische Landtag hat am Mittwoch gemäß einem Beschluß seines Beamtenausschusses einem Antrag zugestimmt, der das Staatsministerium ersucht, den auf den 1. März festgesetzten Anfangstermin für die Rückzahlung zinsfreien Gehaltsvorschüssen Beamte, Angestellte usw. der Staatsbetriebe auf Antrag weiter hinauszuschieben.

*

Die Kommunisten haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, worin die Reichsregierung aufgefordert wird, das Eintrittsgesuch in den Völkerbund zurückzuziehen.

*

Nachdem das Strafverfahren wegen Meineids gegen den Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Luppe eingestellt ist, hat dieser sein Amt wieder übernommen.

*

Der deutsche Gesandte in Berlin hat am 1. d.M. im Auftrage der Reichsregierung dem polnischen Ministerpräsidenten eine Note überreicht, in der gegen die zügellose polnische Preßkampagne wie sie sich aus Anlaß der letzten deutschen Verhaftungen in Polnisch-Oberschlesien, insbesondere auch gegen das deutsche Generalkonsulat in Kattowitz, gerichtet hat und andauernd richtet, scharfer Einspruch eingelegt wird.

*

Aus Anlaß des Volkstrauertages in Deutschland am letzten Sonntag wurden auf den deutschen Kriegergräbern in Kopenhagen von der Gesandtschaft und der deutschen Kolonie sowie auf den Gräbern in Skagen von dem deutschen Konsul Kränze niedergelegt. Außerdem wurde des Tages in den deutschen Gottesdiensten in der St. Petrikirche, der deutschen reformierten Kirche und der katholischen St. Knudkirche in Predigten gedacht.

*

Der norwegische Ministerrat hat beschlossen, daß die Volksabstimmung über die Aufrechterhaltung oder Aufhebung des Alkoholverbots in Norwegen am 17. und 18. Oktober d. J. stattfinden soll.

*

Die Vorschläge der englischen Regierung zum Gesetz über die Warenmarken wurden gestern veröffentlicht. Der Gesetzentwurf besagt, daß Importgüter im vereinigten Königreich nur verkauft werden dürfen, wenn sie eine Bezeichnung tragen, die besagt, daß es sich um Fabrikate bzw. Produkte aus dem Auslande oder aus dem britischen Reich handelt.

*

Als Protest gegen die neuen Steuern waren gestern in Paris alle Detailgeschäfte bis auf die Apotheken, die Warenhäuser und die Konsumgenossenschaften geschlossen. Ein Zug der protestierenden Kleinhändler, der sich nach der Kammer und dem Senat begeben wollte, wurde von der Polizei aufgelöst. Auch in der Provinz haben verschiedentlich ähnliche Protestkundgebungen stattgefunden.

*

Nach einer Meldung aus Tanger haben die Spanier eine große Offensive eröffnet. Eine große Anzahl spanischer Verwundeter ist bereits in Tetuan eingetroffen. Nach einer Meldung aus Fez haben die Franzosen in der Gegend von Taunat eine Offensive eröffnet, um dem Einfall der Kabylen in dieser Gegend entgegenzutreten. Es gelang den Kabylen, das Dorf Mauerta zu nehmen.

*

Wollen gerade Sie sich in die Volksentscheidsliste für die Fürstenentzeignung eintragen? Ueberlassen Sie das den Kommunisten (von denen viele sich schön hüten werden, ihren Namen dafür herzugeben, denn sie lieben die Anonymität, weil man „nie wissen kann"). Niemand ist zur Eintragung verpflichtet.

England gegen Erweiterung des Völkerbundsrats.

In England hat gestern die mit großer Spannung erwartete Kabinettssitzung stattgefunden. Offizielle Nachrichten liegen noch nicht vor. Uebereinstimmend melden jedoch die Zeitungen, daß die englische Regierung beschlossen hat, Deutschlands Standpunkt zu unterstützen, also zurzeit keiner Erweiterung des Völkerbundsrates zuzustimmen.

Die „Daily News" erklärt, das Kabinett habe der Forderung aller Parteien in der Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates nachgegeben. Es habe gestern beschlossen, daß Großbritannien der sofortigen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbundsrat zustimmen und daß die Forderungen anderer Nationen nach Deutschlands Eintritt erörtert werden sollen. Die Politik des Kabinetts sei, daß nichts im gegenwärtigen Augenblick getan werden solle, was Deutschlands Eintritt in den Völkerbund beeinträchtigen oder gefährden könnte.

Vorbehaltlich dieser Bedingung sei Chamberlain in der Frage, ob es ratsam sei oder nicht, daß der Rat in Zukunft erweitert wird, freie Hand gelassen worden. Die Luther-Rede in Hamburg wird als ein Anzeichen für die Bereitschaft Deutschlands angesehen, die gesamte Frage der Zusammensetzung des Rates später unvoreingenommen zu erwägen, wenn Deutschland erst einmal in den Rat aufgenommen worden sei.

Intrigen und Zweifel.

Das Pariser „Echo" meldet: „Aus Warschau kommen ernste Nachrichten. Eine lebhafte Agitation hat dafür sich eingesetzt, daß, wenn Polen nicht mit Deutschland den Ratssitz erhält, die Zugehörigkeit Polens zum Völkerbund bedeutungslos werde. Die Gefahr der Sprengung des Völkerbundes durch ein großes Mitglied droht (!), wenn Deutschland mit seinen unerweiterten neuen Forderungen (!) die Schwierigkeiten weiter verschärft."

Der polnische Senat ratifizierte gestern die Verträge von Locarno. Die vom Landtag angenommene Entschließung, in der ein ständiger Sitz im Völkerbundsrat für Polen gefordert wird, wurde einstimmig angenommen.

Das Pariser „Journal" gibt eine Rede Poincarés in St. Cloud wieder, die Poincaré vor den nationalen Frontkämpfern gehalten hat und in der der frühere Staatschef sagte:

Die Gefahr, die Frankreich bedroht, wird nicht durch das Locarnoabkommen, nicht durch den Völkerbundeintritt Deutschlands behoben.

Aber wir sollten trotzdem den Locarnovertrag annehmen und loyal durchführen, denn er bedeutet die ewige Festlegung der deutschen Grenzen und einen zweiten Sieg Frankreichs über den rüstenden Gegner.

*

Der „Rotterdamsche Courant" glaubt nicht, daß der deutschen Rede die Tat folgen werde, man könne unbedingt sicher

199 gegen 1 wetten,

daß in Genf wieder ein Kompromiß zustande komme. Der „Basler Anzeiger" schreibt, wie in Locarno auch entgegen den sorgfältigsten Erklärungen Deutschlands doch der Ostpakt mit Polen und der Tschechoslowakei de facto abgeschlossen wurde (!), so werde man auch jetzt nicht daran denken können, daß die Deutschen die Rücknahme ihres Eintrittsgesuchs aussprechen würden.

Auch die skandinavische Presse vertritt die These, Ankündigungen seien unklug, wenn der Gegner überzeugt würde, daß sie nicht durchgeführt würden. Die „Kopenhagener Nationaltidenes" schreibt: Deutschland hat mit seinen Einwänden und Vorbehalten zweifellos recht.

Aber darüber hat die ganze Presse der Welt schon seit sechs Wochen geschrieben, und Deutschland hatte Zeit, vor seinem Aufnahmegesuch, Forderungen zu stellen. Hinterher Schritte anzudrohen, die man doch nicht tut, ist unklug."

Die Aufgaben der Reichswehr.

Die Rolle der vaterländischen Verbände / Schwarze Reichswehr / Helfershelfer der Franzosen / Schutz des Staates nach außen und innen.

Auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung des Reichstages stand die zweite Lesung des Haushalts des Reichswehrministeriums.

Abg. Graf v. d. Schulenburg (Dn.) begrüßt die sachgemäße Arbeit, die in der Reichswehr geleistet werde. Die Reichswehr sei im wahren Sinne des Wortes eine Schule geworden zur Bildung und Erziehung von Charakteren und Persönlichkeiten. (Beifall.) Die Führung der Reichswehr liege beim Generaloberesten v. Seeckt in den besten Händen. Die Wehrmacht müsse sobald als möglich ihr eigenes Beförderungsgesetz erhalten. Dringend notwendig sei die Verbesserung des Heeresersatzes. Erfreulich sei, daß der Wehrminister den vaterländischen Verbänden nicht feindselig oder gefühllos gegenüberstehe; er werde aber ihrem Werte nicht voll gerecht.

Die Werte der vaterländischen Verbände liegen nicht auf militärischem Gebiete, sondern auf ideellem und geistigem. Die waffenstarrende Welt zeigt uns, daß wir von der Epoche des ewigen Friedens noch weit entfernt sind. (Beifall rechts.) Da ist es selbstverständlich, wenn die vaterländischen Verbände sich für die Erstarkung des Wehrwillens einsetzen. Wenn in der endlosen Kette von Unrecht und Gewalt, von Schmach und Erniedrigung der deutsche Geist nicht niedergebrochen und der deutsche Gedanke hochgehalten ist, so haben die vaterländischen Verbände daran einen verdienstvollen Anteil. (Erneuter Beifall rechts.)

Der Redner billigt das Bestreben, die Reichswehr aus der Politik herauszuheben. Die Führung der Reichswehr sei, im großen gesehen, einen klaren und ringen Weg gegangen. Die Reichswehr verdiene den Dank des Volkes. (Beifall rechts.)

Abg. Künstler (Soz.): Es müsse geprüft werden, ob die deutsche Reichswehr treu und fest zur Republik stehe. Der Redner kritisiert die Teilnahme der Reichswehr an monarchistischen Veranstaltungen. Auf 50 Beschwerden der republikanischen Beschwerdestelle der Deutschen Liga für Menschenrechte habe der Minister nicht einmal eine Antwort erteilt. Vielleicht sei Dr. Geßler aus der demokratischen Partei schon ausgetreten. (Der Minister verneint.)

Das Wehrministerium wolle den Reichstag hinters Licht führen. Trotz des Verbots der schwarzen Reichswehr seien noch im Februar 1926 jungs Leute in diesen Formationen eingestellt und ausgebildet worden. Von amtlicher Stelle des Wehrministeriums würden der Volksvertretung bewußt unwahre Auskünfte gegeben. Die Sozialdemokraten könnten dem Minister politisch kein Vertrauen entgegenbringen und würden gegen sein Gehalt stimmen.

Abg. Ersing (Z.): Für die Republik ist es eine peinliche Lage, wenn die Reichswehr von den Deutschnationalen gelobt und von der stärksten republikanischen Partei in kleinlichster Weise kritisiert werde. Mit der kleinen deutschen Reichswehr sei kein Krieg zu führen. Das Gerede von umfassenden geheimen Rüstungen Deutschlands sei ganz unbegründet.

An der in letzter Zeit so lebhaften Propaganda gegen die Reichswehr scheinen gewisse Stellen im französischen Generalstab nicht unbeteiligt zu sein.

Abg. Brüninghaus (DVP.): Das amerikanische Heer zähle 135 000 Köpfe, sei also wenig größer als die Reichswehr mit 100 000 Mann und koste 1,3 Milliarden Mark, also das Dreifache der Reichswehr. Auf der ganzen Erde sei sehr wenig von Abrüstung zu spüren. Auf dem Wege der Verständigung müsse ein Ausgleich der Rüstungen erfolgen. Der Redner zollt der Tätigkeit des Wehrministers und des Generalobersten v. Seeckt volle Anerkennung. (Beifall.)

Von einer schwarzen Reichswehr in großem Umfange könne keine Rede sein. Man sollte durch solche Anklagen nicht die Geschäfte des Auslandes besorgen.

Abg. Schneller (Komm.) spricht dem Wehrminister das schärfste Mißtrauen seiner Partei aus, empfiehlt Annahme eines formulierten Mißtrauensantrages gegen Dr. Geßler und lehnt den ganzen Heeresetat ab.

Abg. Dr. Brodt (Wirtsch. Vgg.) hält die Kritik der Linksparteien an der Reichswehr für unberechtigt. Er rühmt den Wert der amerikanischen Erziehung. Die vaterländischen Verbände seien weder für die Entente noch für die Herren von links eine Gefahr.

Der einzige Vertreter des Militarismus in Deutschland sei gegenwärtig das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Reichswehrminister Dr. Geßler

bedauert die Kritik, die seinerzeit bei der Aufstellung des Heeresetats geübt wurde. Sie sei im Auslande sofort aufgegriffen worden und man habe von einer Aufrüstung Deutschlands gesprochen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der deutsche Heeresetat genau den Bestimmungen von Versailles entspricht. Er unterliegt ja auch noch heute der Prüfung der interalliierten Militärkommission in Berlin, die aus Fachleuten besteht, die genau Bescheid wissen.

Das jetzige System unserer Reichswehr ist auf die Dauer unhaltbar. Es ist eigenartig, daß gerade die demokratischen Staaten des Westens uns ein Heeressystem aufgezwungen haben, daß mit Demokratie nichts mehr zu tun hat. (Hört, hört! rechts.)

Wir haben mit der schwarzen Reichswehr und mit den vaterländischen Verbänden nichts zu tun.

Kein Verband hat ein Recht, sich auf die Reichswehr zu berufen. Die Ententemilitärs wissen genau, daß keine geheimen Rüstungen in Deutschland stattfinden.

Der Minister warnt dann vor der kommunistischen Agitation in der Reichswehr und erklärt, er werde die Augen offen halten und dafür Sorge tragen, daß kein Schaden entstehe. (Gelächter der Kommunisten.) Ich warne Sie, so ruft der Minister den Kommunisten zu, wie ich Sie 1923 gewarnt habe. Damals sind Sie zweiter Sieger geblieben und haben eine große Schlacht verloren. (Gelächter der Kommunisten.) So wird es jetzt wieder sein.

Er schließt mit der Zusicherung, daß die Reichswehr ein zuverlässiges Instrument des Staates sei, und daß sie immer bemüht sein werde, das Vertrauen des deutschen Volkes zu verdienen.

Mussolini Deutschlands Feind.

Genf vor und hinter den Kulissen.

Der deutsche Botschafter in Rom ist in Berlin. Der italienische Botschafter in Paris, der italienische Botschafter in London — beide sind in Rom. Der jugoslawische Außenminister Ninitschitsch reist, in Begleitung des italienischen Gesandten für Jugoslawien, nach Rom, nach Paris. Der griechische Außenminister ist unterwegs nach Rom. Polen hat seinen Gesandten in Rom, Rom den seinen in Berlin gewechselt. Die Diplomaten sind mehr auf Reisen als zu Hause.

Auch Briand und Stresemann wollen oder müssen reisen. Auch Chamberlain und der ganze Kometenschweif, der die Welt mit dem Friedensleuchten des Genfer Sees erfüllt. Hier aber schneiden sich scharf die Wege: die einen eilen in die Arme des Völkerbundes, die anderen geflissentlich daran vorbei. Niemals seit der Abschaffung der Geheimdiplomatie ist die Diplomatie der Kabinette so dunkel gewesen. Niemand traut mehr dem Draht und dem Chiffresystem, niemand mehr dem Kurier — die Gesandten müssen persönlich kommen wie zur Eiltustschenzeit. Niemand glaubt mehr der Genfer Streusandfabrik für gläubige Augen, jeder fühlt sich auf einer Dynamitkiste sitzen. Es gibt Leute, die es nicht unterlassen können, sogar ein bißchen auf ihr herumzuhämmern.

Wenn der Völkerbund ein Fortschritt ist, so muß das neue römische Imperium das rückschrittlichste aller Reiche sein. In Mussolini hat die Genfer Liga ihren gefährlichsten Feind. Kein Blättchen im faschistischen Papierwald, das nicht täglich Hohn und Spott flüstern würde, bis ein allgemeines lustiges Rauschen daraus wird.

„Das Genfer Wespennest flößt uns weder in seinen Zielen, noch in seinen praktischen Möglichkeiten Vertrauen ein. Wir glauben nicht, daß die Völkerkonflikte, die zwangsläufig aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten oder völkischem Druck erstehen, von einem Konferenztisch aus gelöst werden können. Wer noch an solche Möglichkeiten glaubt, gehört zu den Leuten, die im praktischen Leben auf die platonische Liebe schwören."

„Entweder verleugnet der Völkerbund die Wilsonischen Grundsätze oder er wird eine Art Crusca (Florentiner Akademie) und damit wertlos. Im ersteren Falle werden die Prinzipien einer abstrakten Gerechtigkeit endgültig in die Rumpelkammer verwiesen und der Völkerbund wird zu einer englischen Interessengemeinschaft, bei der Italien solange mitmachen würde, als seine Interessen mit denen Englands gleichlaufen. Der erstere Fall würde in dem Augenblick eintreten, wo der Eintritt Deutschlands in den Rat durch den Eintritt Polens neutralisiert würde. Im anderen Falle, wenn es Deutschland gelingen sollte, Polen herauszudrängen, würde sich der ganze Block der deutschfeindlichen Nationen von Genf lossagen und England und Deutschland als Gesellschaft von zwei Teilhabern zurücklassend, das in Genf erschütterte Gleichgewicht anderswo suchen."

So die Meinung im Palazzo Chigi. Gleichgewicht! Da haben wir wieder das Kapitalstück der klassischen Diplomatie. Mussolini versprach etwas eminent Neues zu schaffen, im kritischen Augenblick aber greift er wie alle anderen zu den abgegriffenen Requisiten des diplomatischen Zeughauses. Das Steuer ist im deutschfeindlichen Sinn herumgeworfen, folglich heißt es Stellung beziehen gegen Berlin und Genf. Wie macht man das? Mit Rüstungen und Bündnissen. Die Generale haben das zweite, die Admirale das dritte, der Finanzminister das vierte Wort. Er ruft also auch die Auslandsdiplomaten zusammen. Befehl an die Presse: Schluß mit Silbiriol, größere Dinge stehen auf dem Spiel; alle Mann gegen Deutschland!

Und es ergibt sich über Nacht, daß Italien angesichts der verdächtigen Genfer Manöver nach Osten Ausschau halten muß. Geld umschlungen, alle Balkanstaaten. Am Mittag ist man mit dem Adriauachbarn schon dick Freund, und in der Abendpresse macht das frisch aus der diplomatischen Münze gekommene Schlagwort die Runde: „Einkreisung Deutschlands unter italienischer Führung!" Das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260305014/fragment/page=0001

italienische Volk versteht zwar von solchen „wirtschaftlichen Notwendigkeiten" und dem „unerträglichen völkischen Druck" nicht viel, aber die Einheitspresse fällt von einer Verzückung über die staatsmännische Weisheit in die andere.

Nintschitsch ist Zeit seines Lebens nicht so herzlich in die Arme geschlossen worden, wie in diesen Tagen von dem Erbfeind. Kam er als Sprecher der kleinen Entente oder nur als serbischer Außenminister? Die Einheitspresse machte sich nicht lange Strupel darüber, ihr genügte die Verschmörung, sämtliche Erben der Habsburger Doppelmonarchie seien gegen den Anschluß Oesterreichs. Folglich gegen Deutschland und Genf.

Wie, Ungarn schwanke? Dann weg damit!

Gegen Deutschland und Genf! Wer nicht für den Schlachtruf ist, ist gegen Rom. Feind. Nieder mit ihm. Stellen wir dem Locarno jener Herren ein Kleinlocarno entgegen! Warum soll die kleine Entente nicht gegen die große aufgeboten werden können.

Uebrigens: Frankreich bleibt uns ja immer. Ist ja alles nur Mache in Genf.

In diesem Stile wurde die Einkreisung Deutschland beschlossen, getauft, gefeiert. Es muß freilich zugegeben werden, und einem Europäer könnte darüber die Scham bis unter die Haarwurzeln steigen, daß die zufälligerweise gerade in Rom tagende Mandatskommission des Völkerbundes zum Uebermut herausforderte. Während die juristische Abordnung vergeblich antichambrierte, erstattete Frankreich drinnen vor dem hohen Tribunal der Einseitigkeit Bericht über seine Verwaltung. Bei der Bombardierung von Damaskus sei nur in die Luft geschossen worden, um die Häuser zu schonen, aber jetzt bereite Frankreich eine energische Kampfaktion vor.

Mussolini lächelte sein grimmiges Lächeln, als er dies las. Einen Gegner wie Genf braucht er nicht zu fürchten. Hand an der Waffe, Mund in Genf — eine solche Politik läßt sich hören. Wehe dem Völkerbundstribunen, der es wagen sollte, seine Kreise zu stören! Seine Gesandten in aller Welt haben Direktiven, die jeden Diplomaten des guten alten glatten Parkettis die Zähne aufstehen machen.

Die Ergebnisse dieser Draufgängerpolitik werden wir ja nun bald erleben. Rom ist gegen eine Erörterung der Südtiroler Frage, gegen den Anschluß Oesterreichs, gegen die Zulassung Deutschlands ohne die Zulassung Polens, gegen den Minderheitenschutz, gegen eine weltherzige Auslegung der Friedensverträge; für Autokratie, für vermehrte Rüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft, für Bündnispolitik, für das Selbstbestimmungsrecht der — Großmächte, für die schimmernde Wehr und die gepanzerte Faust. Mit Genugtuung verzeichnet die italienische Einheitspresse Tag für Tag die französischen Zustimmungen zu diesem Genfer Programm.

Es sieht dem anderen, das von dem alten Europa aufgestellt worden war, zum Verwechseln ähnlich.

Gustav W. Eberlein (Rom).

Bündnis Italiens mit Griechenland?

Aus Rom wird gemeldet: „Messagero" bringt einen Begrüßungsartikel, für den griechischen Minister des Auswärtigen und dem griechischen Verkehrsminister, die gestern in Rom eintrafen.

Das Blatt führte aus, Griechenland habe sich überzeugt, daß bei der jetzigen Isolierung auf dem Balkan, Italien die einzige Großmacht sei, die ihm einen uneigennützigen Beistand sichern könne. Abgesehen von neuen Stellungen, die Italien im östlichen Mittelmeer einnehmen und einhalten müsse, wenn es überhaupt politisch atmen wolle, sei die sogen. italienischen Expansion, den wahren Interessen seiner einzigen Macht entgegen gesetzt. Wahrscheinlich würde auch über den Balkanbund gesprochen werden, den Griechenland betreibe, und an dem Italien durchaus mitbeteiligt sein wolle.

*

Der tschechische Landespräsident Stramek, bevollmächtigter Kommissar des Hultschiner Ländchens, hat allen Kindern aus dem Hultschiner Ländchen, die deutsche Schulen in Troppau besuchen, den weiteren Besuch dieser Schulen untersagt. Im Hultschiner Land herrscht darüber große Empörung, da trotz der seit den letzten Parlamentswahlen zum Ausdruck gekommenen deutschen Gesinnung des ganzen Landes keine deutschen Schulen im Lande zugelassen werden. Die Kinder, die nicht tschechische Schulen besuchen wollen, mußten also in die deutschen Schulen Troppaus geschickt werden.

Enteignung der Deutschen in Estland.

Ueber die Lage des deutschen Grundbesitzes in Estland wird den Blättern mitgeteilt, daß auf Grund des estländischen Gesetzes vom Jahre 1919 die baltischen und deutschen Grundbesitze enteignet wurden, den Schweden, Finnländern und Engländern dagegen ihre Güter mit Inventar belassen wurden, die diese auch bis zum heutigen Tage in Benutzung haben. Auf eine Vorstellung der deutschen Regierung im Jahre 1920 hat die estländische Regierung die Meistbegünstigung in dieser Frage zugesagt, jedoch praktisch nichts unternommen, und nicht einmal ein Entschädigungsgesetz erlassen. Ein solches erging erst im Jahre 1925, und zwar mit den gerade höhnischen Sätzen einer Entschädigung von 3,20 M. pro Hektar.

Die deutsche Regierung legte hiergegen Protest ein und der deutsche Gesandte wurde ermächtigt, über diese Dinge in Verhandlungen einzutreten. Der deutsche Gesandte hat daraufhin eine Note an die estländische Regierung gerichtet, in der erklärt wird, daß die nichtvollwertige Entschädigung der Enteignungen mit den Grundsätzen des Völkerrechtes nicht vereinbar seien. Das in Estland geltende zivilgesetzliche Recht schreibe ausdrücklich vollwertige Entschädigungen vor. Auch für das weggenommene Inventar, das in gänzlich ungenügender Weise vergütet worden ist, sei eine vollwertige Entschädigung zu leisten.

Angesichts der ungünstigen finanziellen Lage Estlands ist der Gesandte ermächtigt worden, eine angemessene Entschädigung als zufriedenstellend zu erklären. Die estländische Regierung hat jedoch bisher keinerlei Neigung gezeigt, auf Verhandlungen einzugehen, und bisher nur von der ebenso unzulänglichen Entschädigung von 6 M. pro Hektar gesprochen.

Kultur- und Gesundheitsfragen beim Etat des Reichsministeriums des Innern.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm bei der Weiterberatung des Etats des Reichsministeriums des Innern einen Antrag an, worin die Reichsregierung ersucht wird, auf eine Förderung der Sprachenkenntnisse der Beamtenschaft hinzuwirken. Gegenüber einer Kritik wegen des Ankaufs der Statue der attischen Göttin durch den Abg. D. Strathmann (Dnat.) erwiderte ein Vertreter der Reichsregierung, es handle sich hier um das älteste Bildwerk der griechischen Kulturperiode. Die Kosten seien im Betrage von 700 000 Mark von privater Seite getragen worden, während in den Rest sich Preußen und das Reich geteilt hätten. Andernfalls wäre das unersetzliche Kunstwerk nach Amerika verkauft worden.

Angenommen wurde der neulich bereits mitgeteilte Antrag Mumm (Dnat.) zur Linderung der Notlage der deutschen Künstlerschaft. Der Ausschuß erklärte sich auch mit einem Antrag Dr. Schreiber einverstanden, worin die Reichsregierung ersucht wird, zu veranlassen, daß bei Vergebung der Mittel für

Erziehungsbeihilfen

die privaten höheren Lehranstalten in gleichem Umfange berücksichtigt würden wie die öffentlichen Anstalten. — Abg. Dr. Runkel (Dvp.) bedauerte, daß kein Reichsgesetz über Richtlinien zur Lehrerbildung vorliege; dadurch sei auch die höhere Schulbildung sehr gefährdet. Der Redner forderte den Minister auf, baldmöglichst ein Gesetz betreffend die Einheit in Vorbildung und Ausbildung der Lehrer einzubringen. Außerdem forderte er Vorlegung des in der Verfassung vorgesehenen Privatschulgesetzes.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) befürwortete einen Antrag, den Titel „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft" auf 5 Millionen zu erhöhen und den Titel „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft" um 200 000 Mark zur Schaffung eines Erneuerungsfonds zu vergrößern. Geheimrat Prof. Dr. v. Harnack trat für Erhöhung der Ausgaben für das Kaiser-Wilhelm-Institut ein. Ebensoviel wie von Reich und Ländern werde für dieses Institut auch von Privatleuten und der Industrie aufgebracht.

Gegenüber einem Antrag des Kommunisten Abg. Dr. Schwarz, den Namen „Kaiser Wilhelm" aus der Gesellschaft zu entfernen, erwiderte Prof. Dr. v. Harnack: Als wir vor vier Jahren eins unserer Institute einweihten, hörte ein Direktor, wie ein Arbeiter zum andern sagte: „Hier kann man nach der Revolution doch nicht mehr arbeiten, das Institut heißt noch immer Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft." Der andere Arbeiter antwortete:

„Du heißt ja auch immer noch Pieske, trotz der Revolution." (Heiterkeit.)

Aus historischen Gründen hat Prof. v. Harnack, den kommunistischen Antrag abzulehnen. Der Antrag der Kommunisten wurde abgelehnt, die Anträge Dr. Schreiber auf Erhöhung der beiden Titel fanden Annahme.

Beim Titel „studentische Wirtschaftshilfe" bemerkte Abg. Dr. Schreiber (Ztr.), daß die studentische Wirtschaftshilfe gut arbeite. Die Studienstiftung des deutschen Volkes wirke sozial bedeutsam. Anträge betr. Besserstellung der Jungsehrer wurden einem Unterausschuß überwiesen. Der Zentrumsabgeordnete v. Guérard begründete den Antrag, als Zuschuß zu den

Wiederherstellungskosten des Kölner Doms

200 000 M. zu bewilligen. Ein wetterbeständiger Stein sei endlich gefunden worden. Im Laufe der weiteren Besprechung wurde auch auf die Dome in Ulm und Mainz verwiesen, sowie auf die Erhaltung der Wartburg. Alle auf die Denkmalspflege bezüglichen Anträge wurden einem Unterausschuß überwiesen. — Beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt" machte Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) auf die Bedeutung der Reichsgesundheitswoche aufmerksam. Die Seuchenabwehr im Osten sei eine großartige Tat der deutschen Medizinalpolitik gewesen, insbesondere die Warschauer Konferenz von 1923. Leider sei das Reichsgesundheitsamt finanziell schlecht ausgerüstet. Die Laboratorien müßten wieder auf den vollen Stand der Leistungsfähigkeit gebracht werden.

Die Steuermilderungen vom Reichsrat angenommen.

In der Vollsitzung des Reichsrats vom Mittwoch wurde der Gesetzentwurf über Steuermilderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage gegen die Stimmen von Bayern und Mecklenburg-Schwerin bei Stimmenthaltung von Baden und Thüringen angenommen.

Der Gesetzentwurf setzt die Umsatzsteuer vom 1. April d. J. ab auf 0,6 Prozent herab. Die Luxussteuer wird ganz beseitigt.

Weitere Artikel des Gesetzes bringen steuerliche Erleichterungen für wirtschaftlich notwendige Betriebszusammenschlüsse, also eine Ermäßigung der sogenannten Fusionssteuer. Die Hauptbestimmung ist, daß bei Verschmelzungen von Kapitalgesellschaften die Gesellschaftssteuer auf 1 Prozent ermäßigt wird. Werden Grundstücke eingebracht, so ermäßigt sich die Grunderwerbssteuer auf 1½ Prozent. Zuschläge zur Grunderwerbsteuer und eine Wertzuwachssteuer dürfen nicht erhoben werden. Die neue Bestimmung hat rückwirkende Kraft für Rechtsvorgänge, für die die Steuerschuld in der Zeit vom 1. September 1926 bis 31. März 1927 entstanden ist. Bereits geleistete Zahlungen an Länder und Gemeinden werden nicht zurückerstattet.

Außerdem enthält die Vorlage Bestimmungen über Verlegung der Zahlungstage für die Vorauszahlungen der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer, sowie Bestimmungen über eine vereinfachte Erhebung der Vermögenssteuer 1926. Danach wird die Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1926 nicht besonders veranlagt. Sie wird in Höhe von dreiviertel des Jahressteuerbetrages für das Kalenderjahr 1925 erhoben; die am 15. Mai 1926 vorgesehene Zahlung auf die Vermögenssteuern 1926 ist nicht zu entrichten.

Die Gewerbesteuer in Preußen.

Nach einem gemeinsamen Runderlaß des preußischen Ministers des Innern, des Finanzministers und des Handelsministers wird mit Wirkung vom 1. April d. J. ab die Zulassung der Abweichungen auf die nachgeordneten Aufsichtsbehörden höherer Instanz auch für die Fälle übertragen, in denen die Abweichungen über das Dreifache hinausgehen. Hierzu ergehen folgende Anweisungen:

Eine stärkere Heranziehung der Gewerbekapital- bezw. Lohnsummensteuer als mit dem Doppelten der Ertragssteuer darf nur dann zugelassen werden, wenn die Ertragssteuer mit mindestens 400 Prozent Zuschlägen belastet ist. Auch wenn die Ertragssteuer mit 400 Prozent oder mehr Zuschlägen belastet ist, darf eine stärkere Heranziehung der Gewerbekapital- bzw. Lohnsummensteuer als mit dem Vierfachen der Ertragssteuer-Zuschläge nicht zugelassen werden.

Das Ende des Personalabbaues, Zur neuen Städteordnung.

Der Preußische Landtag beschäftigte sich am Mittwoch mit der zweiten Beratung des Personalabbau-Abwicklungsgesetzes. Diese Vorlage beendet nunmehr endgültig den Personalabbau in Preußen und setzt als Stichtag den 8. August 1925 fest.

Ausnahmebestimmungen sind aber noch gegen verheiratete weibliche Beamte insofern vorhanden, als ihnen gekündigt werden kann, wenn ihre Wirtschaftslage durch das Einkommen ihres Gatten gesichert und ihre Entlassung aus dienstlichen Gründen gerechtfertigt erscheint. Etwas gemildert wird diese Bestimmung durch eine zeitliche Begrenzung und durch Schaffung eines Rechtsanspruches für die so entlassenen weiblichen Beamten auf Abfindungsrente oder eine Abfindungssumme. In Zukunft sollen aus Ersparnisgründen

Neueinstellungen

von Beamten oder Beamtenanwärtern von der Zustimmung des Finanzministers abhängig sein. In einer Entschließung, die dem Hause vom Ausschuß zur Annahme empfohlen wird, wird jedoch ersucht, in dieser Beziehung auf die Interessen der Schulverwaltung besondere Rücksicht zu nehmen. Auch wird grundsätzlich zum Ausdruck gebracht, daß der durch den Personalabbau erfolgte Eingriff in die Rechtssicherheit der Beamten dadurch etwas gemildert werde, daß man vom Abbau betroffene

tüchtige Beamte in eine Liste

aufnimmt und sie zu gegebener Zeit wieder in den Staatsdienst einstellt. Die Beratungen wurden dann unterbrochen, und es setzten die Abstimmungen über die angefochtenen Paragraphen der neuen Städteordnung ein. Die Abstimmungsmaschinerie konnte in stundenlanger monotoner Arbeit die mehreren hundert Anträge heute noch nicht bewältigen. Heute wurde u. a.

die der Ratsen zwecks Erteilung des Ehrenbürgerrechts abgelehnt, dagegen gegen die Stimmen der Rechten die Neuerung des Bürgerschaftsentscheides aufrechterhalten. Die Notwendigkeit des Bestätigungsnachweises für Bürgermeister wurde gegen die Stimmen der Linken beibehalten.

Werbende Betriebe sollen von der Gemeinde in wirtschaftlicher und, soweit nicht reichsgesetzlich Steuerbefreiungen vorgesehen sind, auch in steuerlicher Hinsicht den Privatbetrieben gleichzustellen sein.

Die Abstimmungen werden am Donnerstag fortgesetzt, ebenso die Personalabbauberatung.

Nach einem Telegramm der Londoner „Daily Mail" ist der Kampf der großen chinesischen Heerführer, der in der Gegend von Peking und bei Tientsin begonnen hat, ein wirklicher Kampf auf Leben und Tod. Auf beiden Seiten würden Tanks verwendet. Die Verluste seien ungeheuer. Die Schlacht habe einen solchen Umfang angenommen, daß sie zur vollständigen Vernichtung der einen Partei führen könne.

Das nordische Venedig.

Von Joh. Edward Brandt.

Gleich der älteren und so viel reizvolleren Schwester auf den Inseln der Lagune, ist auch Amsterdam einzigartig und unvergleichlich, diese seltsame Stadt mit dem weit über 300 Brücken, deren Handelshäuser und Paläste auf 90 kleinen Inseln und Millionen von alterschwarzen, in den Schlamm der Grachten gerammten Pfählen ruhen.

Schwarz ist die am meisten in das Auge springende Farbe der Heimat Rembrandts, wie schwarz das Wahrzeichen der Gondel von Venedig ist. Auch wenn die Sonne leuchtet, erinnert das unergründliche Wasser seiner Kanäle an Tinte, und rührt die unbeirrbare Ruderstange eines Schleppkahnes in den Fluten, dann steigt es wie das Abwasser einer Färberei aus der Tiefe auf. Die Pfähle, von denen Amsterdam getragen wird, ruhen im Schlamm. Auch sie sind samt und sonders tiefschwarz geworden, hart wie Granit und werden härter und härter, je länger sie stehen. In des Wortes wahrstem Sinne ist also diese Stadt auf dem Wasser gebaut. Die Höhe des Wasserspiegels wird durch Dämme reguliert; sollte es einem Feinde einfallen, diese Stadt mit Heeren überfluten und einnehmen zu wollen, dann würde man zum Schutz die Schleusen dieser Dämme öffnen.

Die Millionen und Abermillionen von Pfählen, auf denen Straßen und Plätze, Kirchen und Gebäulichkeiten hier ruhen, sind sehr verschieden in ihrer Länge, die zwischen zwei und vierzehn Metern schwankt. In den meisten Fällen aber sind sie acht bis zehn Meter lang.

Es ist seltsam: Nicht die Höhe des Wassers, sondern der Mangel an solchem bedeutet eine Gefahr für Amsterdam. Hat doch der Grund seiner Wasser, auf dem die Pfähle ruhen, eine Festigkeit, um die Amsterdam von jeder anderen Stadt der Welt mit Recht beneidet werden könnte. Aber . . . könnte das Wasser in betrübtlichem Maße, dann allerdings würden die Häuser langsam in den Luft und brächen wohl eines nach dem anderen gleich einem Bau aus Karten zusammen. — Nach annähernder Schätzung baut sich das heutige Amsterdam auf der Kleinigkeit von 70 bis 80 Millionen solcher Pfähle auf. Bei einem Erd- oder Seebeben wäre es also in wenigen Sekunden aus. Aber solches ist in den sechseinhalb Jahrhunderten, die über die Stadt dahingegangen sind, bislang nicht eingetroffen und es ist sehr die Frage, ob es jemals eintreffen wird.

Freilich, lokale Unglücksfälle dieser Art, die sich meistens auf ein einziges Gebäude beschränken, sind in Amsterdam ab und zu dagewesen. Häuser, deren Pfähle nachgaben, und die von einem Moment zum andern ganz oder teilweise in der schwarzen Tiefe verschwunden sind. So stieg z. B. im Jahre 1886 der Zentralbahnhof, wenn man sich einmal so ausdrücken darf, gleich dem Prospekt einer Oper in die Versenkung. Schon hatte man ihn als rettungslos aufgegeben, als die Bewegung urplötzlich wieder zum Stillstand kam.

Nicht der Schlammboden, auf dem die Pfähle ruhen und nicht das Holz, das in Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte zu stanit verhärtet, bilden die Gefahr. Auch die Nässe vermag dem Holze, aus dem diese Pfähle bestehen, nicht das mindeste anzuhaben; diese Pfeiler ragen in den Wassern der Grachten schon acht Jahrhunderte lang. Vielmehr ist der Zerstörungsprozeß auf die nagende Tätigkeit eines Insektes zurückzuführen, das sich in den Fundamenten der Stadt seine Schlupfwinkel höhlt. Diesem unsichtbaren, aber unerbittlichen Feinde gilt in Amsterdam ein zäher und täglicher Kampf, der insofern aussichtslos ist, als man bislang noch kein Mittel entdeckt hat, um der Gefahr vorzubeugen.

Unter solchen Umständen sind natürlich die Kosten der Fundamentierung eines Neubaues in Amsterdam ganz außergewöhnlich hohe. Ein kleines Häuschen erfordert schon 200 solcher Pfähle, während man für ein großes Gebäude deren eine 6000 bedarf. So ruht das alte Stadthaus am „Dam" auf 14 600 Pfählen und die Neue Börse hat sogar 30 000 für ihr Fundament gebraucht.

Ein Grenzerlebnis.

Kand. med. X., der seine Sommerferien bei Verwandten in einem nordböhmischen, unweit der sächsischen Grenze gelegenen Städtchen verbrachte, um hier in Ruhe an seiner Doktorschrift zu arbeiten, pflegte sich das dazu nötige lebende Material auf seinen Spaziergängen einzufangen. So hatte er auf einem sich in sächsisches Gebiet erstreckenden Spaziergang einen größeren Zigarrenkasten voll Frösche gesammelt. Als er auf dem Heimweg die Grenze passierte, wurde er vom Gendarm angehalten und nach dem Inhalt des verdächtigen Kästchens gefragt. Da der Schmuggel mit Tabak und Zigarren in dem österreichischen Grenzgebiet blüht, erregte die Auskunft, der Zigarrenkasten enthalte Frösche zu wissenschaftlichen Experimenten, nur ein mitleidiges Lächeln bei dem erfahrenen Hüter des Gesetzes. Die Aufforderung, das fragliche Kästchen zwecks Zollrevision zu öffnen, lehnte der junge Mann mit den Worten ab: „Fällt mir ja gar nicht ein! Damit die Viecher Reißaus nehmen? Oeffnen Sie selbst, wenn Sie mir nicht glauben, aber schauen Sie zu, daß kein's entwischt!"

Der Gendarm nimmt, ohne den Sprechenden einer Antwort zu würdigen, das Kästchen in Empfang und öffnet es. Mit einem Fluche läßt er es fallen und versucht die nach allen Seiten entweichenden Frösche wieder zu fangen. Mit diabolischem Lächeln, ohne einen Finger zu rühren, verfolgt Kand. med. X. das aussichtslose Beginnen des dicken Grenzbeamten. Keuchend und schwitzend von der anstrengenden Jagd, stellt dieser schließlich einen kleinen Bruchteil der entschlüpften Langbeine ihrem rechtmäßigen Besitzer wieder zu, der die kleinlaut gestammelten Entschuldigungen des schuldbewußten übereifrigen Beamten kurz zurückweist mit der Drohung, wenn er noch einmal so voreilig sein sollte, sich bei seinem Vorgesetzten zu beschweren.

Einige Tage danach besuchte der junge Mann in Sachsen lebenden Freund, bei welcher Gelegenheit er sich mit guten, reglerfreien Zigarren versorgte. Als er die Grenze passierte, stand gerade derselbe Gendarm am Schlagbaum. — „Wollen sich bei Herr Gendarm nicht ein Zigarren" fluchte der Beamte, „glauben's, daß i so saudumm wär', zum zweitenmal Ihren vermaledeiten Fröschen nachzuspüren?!"

welche Sorte Zigarren ich da in meinem Kist'l habe?" fragt er mit harmloser Miene und hielt diesem die eben gekaufte Zigarrenkiste hin.

„Schau's daß Sie weiterkommen mit Ihren Zigarren!" schaute der Beamte, „glauben's, daß i so saudumm wär', zum zweitenmal Ihren vermaledeiten Fröschen nachzuspüren?!"

Sprach's und wandte dem belustigt hinter ihm Dreinschauenden verachtungsvoll den breiten Rücken zu.

Hochschulnachrichten.

Berlin. Der Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Julius Hirsch ist zum Honorarprofessor in der philosophischen Fakultät der Universität Berlin ernannt worden; gleichzeitig wurde ihm ein Lehrauftrag für die Lehre vom Handels- und Verkehrswesen im Rahmen der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre übertragen.

Der Kieler strafrechtliche Lehrstuhl. Der Breslauer Strafrechtslehrer Professor Dr. Eberhard Schmidt hat den Ruf an die Universität Kiel als Nachfolger G. Kleinfellers angenommen.

Berufung an die Pädagogische Akademie in Bonn. Der Privatdozent Dr. phil. Friedrich Schneider an der Universität Köln ist zum Dozenten für Pädagogik an der Pädagogischen Akademie in Bonn berufen worden.

Gymnastischer Frauenlehrgang in Wuppertal-Jühr. Vom 8. April bis 19. Mai veranstaltet das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gymnastikbund einen sechswöchigen Lehrgang, der offen ist für Turn- und Sportlehrerinnen aus Schule und Verein. Der Lehrgang sieht für alle Teilnehmerinnen Uebungen in der Menzendieck-Gymnastik (Aufbau, Haltung) als Grundlage und Uebungen in der Bode- oder Laban-Gymnastik nach Wahl als Bewegungsschulung vor. Die praktischen Uebungen werden ergänzt durch theoretische Vorträge. Die Kosten des Lehrgangs und der sechswöchigen Wohnung und Verpflegung betragen 300 Mark. Das Preußische Ministerium hat die grundsätzliche Genehmigung zur Erteilung von Urlaub zugesprochen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260305014/fragment/page=0002